

Anlage: Einwilligungserklärung Datenverarbeitung und Beteiligung am Gesamt- bzw. Teilhabeplanverfahren

Sie haben einen Antrag auf Leistungen der Eingliederungshilfe bei uns gestellt. Um diesen Antrag zügig bearbeiten und prüfen zu können, benötigen wir Ihre Mitwirkung. Zudem müssen wir von Ihnen personenbezogene Daten verarbeiten.

Um Ihren individuellen Bedarf ermitteln zu können, möchten wir mit Ihnen und auf Wunsch mit einer Person Ihres Vertrauens ein persönliches Gespräch führen um gemeinsam herauszufinden, was Sie brauchen und welche Ziele Sie erreichen möchten. In einem weiteren Schritt sprechen wir mit Ihnen gemeinsam über die konkreten Maßnahmen und planen diese Unterstützung mit Ihnen. Sie erhalten dazu im Laufe des Verfahrens eine gesonderte Einladung zu einem oder auch mehreren Terminen.

Darüber hinaus kann es erforderlich sein, dass wir zur Feststellung und Abstimmung Ihrer Bedarfe und erforderlichen Leistungen andere Stellen und Leistungsträger am Verfahren beteiligen und gegebenenfalls in einer Gesamt- bzw. Teilhabeplankonferenz gemeinsam beraten und abstimmen.

Mit diesem Schreiben informieren wir Sie darüber, was das für Sie im Einzelnen bedeutet und bitten Sie um entsprechende Zustimmung und Einwilligung.

Bitte senden Sie uns daher ein Exemplar dieses Schreibens unterschrieben zurück.

Soweit bei der Feststellung Ihres Bedarfs und der Teilhabeplanung eine Abstimmung mit weiteren Rehabilitationsträgern erforderlich ist, erhalten Sie die damit im Zusammenhang stehenden datenschutzrechtlichen Informationen gesondert mitgeteilt.

**Anlage 1 Einwilligungserklärung Datenverarbeitung und Beteiligung am
Gesamt- bzw. Teilhabepflichtverfahren**

Persönliche Angaben

Name
Vorname
Geburtsdatum
Straße, Hausnummer
Postleitzahl + Wohnort

1. Zweck und Hinweise zur Datenverarbeitung personenbezogener Daten

Zur Bearbeitung Ihres Antrags benötigen wir Daten, die wir verarbeiten müssen. Datenverarbeitung bedeutet, dass wir ausschließlich zum Zwecke der Antragsbearbeitung, Daten von Ihnen direkt oder von anderen Stellen erheben und soweit erforderlich an andere Stellen übermitteln. Die Rechtsgrundlagen der Verarbeitung ergeben sich aus § 35 SGB I, §§ 67ff SGB X. Die Datenverarbeitung umfasst insbesondere die Erhebung Ihrer personenbezogenen Daten sowie die nachfolgende Dokumentation und Übermittlung im Rahmen des Gesamt- bzw. Teilhabepflichtverfahrens einschließlich der individuellen Bedarfsermittlung bis zur Leistungsentscheidung im Rahmen der Eingliederungshilfe nach SGB IX.

2. Mitwirkungspflicht und Folgen fehlender Mitwirkung

Im Rahmen der Antragstellung bedarf es Ihrer Mitwirkung. Sie sind nach §§ 60 ff SGB I verpflichtet:

- alle Tatsachen anzugeben, die für die Leistung erheblich sind, und auf Verlangen des Trägers der Eingliederungshilfe der Erteilung der erforderlichen Auskünfte durch Dritte zuzustimmen
- Nachweise/Urkunden vorzulegen oder ihrer Vorlage zuzustimmen
- sich auf Verlangen zumutbaren ärztlichen und psychologischen Untersuchungen zu unterziehen

Daraus ergibt sich, dass Sie die nachfolgende Einwilligungserklärung abgeben müssen, sofern Sie die erforderlichen ärztlichen und anderen Unterlagen nicht selbst vorlegen können. Kommen Sie diesen Mitwirkungspflichten nicht nach und wird hierdurch die Aufklärung des Sachverhalts erheblich erschwert, kann nach § 66 SGB I die beantragte Leistung bis zur Nachholung der Mitwirkung ganz oder teilweise versagt werden.

Zur Bedarfsermittlung benötigen wir zudem Ihre Mitwirkung am Verfahren der Bedarfsermittlung Baden-Württemberg (BEI_BW) und zum Gesamt- bzw. Teilhabepflichtverfahren. Hierzu planen wir gemeinsam mit Ihnen ein oder auch mehrere Gespräche. Dazu laden wir Sie noch gesondert ein. Wir möchten von Ihnen in diesem Gespräch zum Beispiel wissen, welche Wünsche und Ziele Sie haben, was Sie gut können und was Sie nicht so gut oder gar nicht können. Nur wenn wir das wissen, können wir mit Ihnen gemeinsam genau die Unterstützung und Leistung planen, die Sie brauchen, die zu Ihnen passt und Ihnen auch wichtig ist.

Deshalb unsere Bitte: Bei Fragen zu Ihrer Antragstellung und den damit verbundenen Mitwirkungspflichten kommen Sie auf uns zu. Wir unterstützen Sie gerne.

3. Einwilligungserklärung

3.1 Einholung von Auskünften

Ich bin einverstanden, dass der Träger der Eingliederungshilfe Auskünfte von nachfolgend genannten Stellen und Ärzten aus ärztlichen, psychologischen, pädagogischen Untersuchungsunterlagen und sonstigen Berichten einholt, die für die Entscheidung erforderlich sind und in Form von Daten zur gesundheitlichen Situation, zur vorliegenden Behinderung und den Beeinträchtigungen der Körperfunktionen im BEI_BW erhebt und dokumentiert:

<input type="checkbox"/> Ja	<input type="checkbox"/> Nein	öffentlicher Gesundheitsdienst:
<input type="checkbox"/> Ja	<input type="checkbox"/> Nein	Medizinisch-Pädagogischer Dienst des Kommunalverbandes für Jugend und Soziales (MPD des KVJS)
<input type="checkbox"/> Ja	<input type="checkbox"/> Nein	Arzt/Facharzt:
<input type="checkbox"/> Ja	<input type="checkbox"/> Nein	Psychologe:
<input type="checkbox"/> Ja	<input type="checkbox"/> Nein	Klinik:
<input type="checkbox"/> Ja	<input type="checkbox"/> Nein	begutachtende Stelle:
<input type="checkbox"/> Ja	<input type="checkbox"/> Nein	Versorgungsamt:
<input type="checkbox"/> Ja	<input type="checkbox"/> Nein	Jugendamt:
<input type="checkbox"/> Ja	<input type="checkbox"/> Nein	Schulamt:
<input type="checkbox"/> Ja	<input type="checkbox"/> Nein	Kindertageseinrichtung:
<input type="checkbox"/> Ja	<input type="checkbox"/> Nein	Pflegekasse:
<input type="checkbox"/> Ja	<input type="checkbox"/> Nein	Integrationsfachdienst:
<input type="checkbox"/> Ja	<input type="checkbox"/> Nein	Dienstleister/Leistungserbringer:
<input type="checkbox"/> Ja	<input type="checkbox"/> Nein	Sonstige:

3.2 Weitergabe von Daten

a) Ich bin damit einverstanden, dass der Träger der Eingliederungshilfe im Rahmen des Gesamt- bzw. Teilhabeplanverfahrens nach SGB IX (z.B. zur Sachverhaltsklärung oder Vorbereitung einer Gesamtplan- bzw. Teilhabeplankonferenz) erforderliche Daten, Ergebnisse der individuellen Bedarfsermittlung etc. zur Abstimmung an gegebenenfalls weitere beteiligten Leistungsträger nach § 117 Abs. 3-5 SGB IX übermittelt, sofern Sie der Beteiligung unter 6.1 zugestimmt haben
 Ja Nein

b) Ich bin damit einverstanden, dass der Träger der Eingliederungshilfe zugänglich gemachten Auskünfte und Unterlagen (z.B. Arztberichte, MDK-Gutachten) an andere Stellen nach § 22 SGB IX, an ärztliche Gutachter (z.B. öffentlicher Gesundheitsdienst, Landesärzte für Behinderte, MPD des KVJS) weitergibt, soweit dies für die Aufgabenerfüllung erforderlich ist (§ 69 Abs. 1 in Verbindung mit § 76 Abs. 2 Nr. 1 SGB X).
 Ja Nein

4. Widerspruchsrecht

Ich bin darauf aufmerksam gemacht worden, dass ich solchen Übermittlungen unter 3.1 und 3.2 generell vorab widersprechen kann, wenn ich hiermit nicht einverstanden bin und ich jederzeit gegen die Verarbeitung meiner personenbezogenen Daten gemäß Artikel 21 DSGVO Widerspruch einlegen kann.

Auf die Folgen der fehlenden Mitwirkung (s. unter 2.) wurde ich hingewiesen.

5. Widerrufsrecht

Ich bin darauf aufmerksam gemacht worden, dass ich die Einwilligungen jederzeit widerrufen kann. Dabei bleibt die Rechtmäßigkeit der Verarbeitung von Daten unberührt, die bis zu meinem Widerruf getätigt wurden.

6. Zustimmung zur Beteiligung und Teilnahme anderer Leistungsträger und Stellen

6.1 Gesamt- bzw. Teilhabeplan, Gesamt- bzw. Teilhabeplanverfahren

Als Träger der Eingliederungshilfe sind wir verpflichtet im Vorfeld einer möglichen Leistungsbewilligung einen Gesamtplan nach §117 SGB IX zu erstellen und spätestens nach 2 Jahren fortzuschreiben. Der Gesamtplan ist die Grundlage für den Bescheid, in welchem wir über Ihren Antrag entscheiden. Im Rahmen des Gesamtplanverfahrens werden wir Ihre Bedarfe umfassend ermitteln, so, dass wir gegebenenfalls andere Leistungsträger oder Stellen nach § 22 SGB IX beratend beteiligen. Dies ist jedoch nur mit Ihrer Zustimmung möglich, um die wir Sie nachfolgend bitten.

**Anlage 1 Einwilligungserklärung Datenverarbeitung und Beteiligung am
Gesamt- bzw. Teilhabeplanverfahren**

Ich bin einverstanden, dass nachfolgende Stellen beratend am Gesamt-bzw. Teilhabeplanverfahren beteiligt werden:

<input type="checkbox"/> Ja	<input type="checkbox"/> Nein	Pflegekasse:
<input type="checkbox"/> Ja	<input type="checkbox"/> Nein	Träger der Leistungen der Hilfe zur Pflege:
<input type="checkbox"/> Ja	<input type="checkbox"/> Nein	Träger der Leistungen für einen Bedarf an notwendigem Lebensunterhalt:
<input type="checkbox"/> Ja	<input type="checkbox"/> Nein	Sonstige (z.B. öffentlicher Gesundheitsdienst, MPD des KVJS):

6.2 Gesamtplan- bzw. Teilhabeplankonferenz §§ 119, 20 SGB IX

Falls erforderlich können wir mit Ihrer Zustimmung eine Gesamt- bzw. Teilhabeplankonferenz durchführen. Dabei beraten wir und andere beteiligte Leistungsträger gemeinsam mit Ihnen über die Unterstützungsbedarfe und die notwendigen Leistungen. Wenn Sie möchten, können Sie eine Person des Vertrauens (z.B. Ihre gesetzliche Vertretung, aus ihrem Freundes-/Familienkreis, Beratungsperson der ergänzenden unabhängigen Teilhabeberatung - EUTB, etc.) mitbringen.

- Ich stimme der Durchführung einer Gesamtplan- bzw. Teilhabeplankonferenz zu.
 Ja Nein
- Ich nehme daran teil:
 Ja Nein

Wenn ja, folgende Person des Vertrauens begleitet mich (Name, Vorname):

- Nachfolgend stimme ich der Teilnahme folgender Stellen an der Gesamt-/bzw. Teilhabeplankonferenz zu:

<input type="checkbox"/> Ja	<input type="checkbox"/> Nein	Rehabilitationsdienste, -einrichtungen:
<input type="checkbox"/> Ja	<input type="checkbox"/> Nein	Pflegedienste:
<input type="checkbox"/> Ja	<input type="checkbox"/> Nein	Jobcenter:
<input type="checkbox"/> Ja	<input type="checkbox"/> Nein	Integrationsamt:
<input type="checkbox"/> Ja	<input type="checkbox"/> Nein	beteiligte Leistungserbringer:
<input type="checkbox"/> Ja	<input type="checkbox"/> Nein	Sonstige, z.B. § 119. Abs. 4 SGB IX:

Bitte beachten Sie:

Wenn der maßgebliche Sachverhalt schriftlich ermittelt werden kann oder der Aufwand für die Durchführung sowie Vor- und Nachbereitung einer Gesamt- bzw. Teilhabeplankonferenz in keinem angemessenen Verhältnis zum Umfang der beantragten Leistung steht, kann von unserer Seite von einer Gesamt- bzw. Teilhabeplankonferenz abgesehen werden.

Datum, Unterschrift der antragstellenden Person/ der gesetzlichen Vertretung